

A10 „Ja zu Europa - Mut zu Veränderung“ - auch in Bayern!

Antragsteller*in: Barbara Lochbihler (KV Ostallgäu)

Antragstext

1 „Eine geglückte Verbindung einzigartiger Umstände“ - so bezeichnete der
2 österreichische Bundespräsident Alexander van der Bellen das vereinte Europa in
3 seiner Rede im Februar vor dem Europäischen Parlament. Die europäische Einigung
4 ist in ihrer Form historisch und global einmalig. Dabei war der 1957 begonnene
5 Weg „einer immer engeren Union“ langwierig und oft geprägt von
6 Meinungsverschiedenheiten und Kompromissen zwischen den Mitgliedstaaten. Doch er
7 wurde begangen mit der gemeinsamen Überzeugung, dass nur ein geeintes und
8 starkes Europa seinen Mitgliedstaaten und den Bürger*innen dauerhaft Frieden,
9 Freiheit und wirtschaftliches Wohlergehen bringen kann. Trotz Rückschlägen und
10 Krisen leben die Europäer*innen heute in einer lang anhaltenden Phase des
11 Friedens und nie zuvor in so hohem Wohlstand wie heute.

12 Wir Europäer*innen feiern dieses Jahr mehrere Jubiläen europäischer
13 Integrationsgeschichte: Vor 60 Jahren wurden die Römischen Verträge
14 unterzeichnet und vor 25 Jahren traten die Verträge von Maastricht in Kraft, mit
15 denen die Europäische Union in ihrer heutigen Form begründet wurde. Mit der
16 Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon vor zehn Jahren kam es zur
17 Zusammenlegung der Europäischen Union mit der Europäischen Gemeinschaft.

18 Dieses Jubiläumsjahr der europäischen Einigungsgeschichte stellt die EU aber
19 zugleich vor enorme Herausforderungen: Das EU-Mitglied Großbritannien wird aller
20 Voraussicht nach in Folge des Brexit-Referendums seinen Austritt aus der
21 Europäischen Union einleiten. Griechenland muss im Juli 7,2 Milliarden Euro
22 zurückzahlen, während die Austeritätspolitik unvermindert zu einer wachsenden
23 sozialen Spaltung in der EU beiträgt.

24 In Frankreich und Deutschland stehen entscheidende Wahlen an, die für die
25 zukünftige Ausrichtung der EU richtungsweisend sein werden. Die Wahl in den
26 Niederlanden hat gezeigt, dass die bisherigen Stimmengewinne der
27 Rechtspopulisten nicht selbstverständlich sind. Die niederländischen Grünen
28 konnten sich von vier auf nun vierzehn Sitze im Parlament steigern - ein
29 beachtliches Ergebnis und klares Zeichen für Europa und für grüne Politik!

30 Rechtspopulisten wie Marine Le Pen oder Frauke Petry wollen ihre Länder aus der
31 EU führen. Überall in Europa schüren Rechtspopulisten und Rechtsnationalisten
32 die Angst und treiben die Ausgrenzung von religiösen, sexuellen und ethnischen
33 Minderheiten sowie von ausländischen Mitbürger*innen und Geflüchteten voran. Sie
34 predigen die gesellschaftliche Unterordnung von Frauen. Auf den Nationalstaat
35 projizieren sie diffuse Heilserwartungen. Wir erinnern hier an Francois
36 Mitterand, der 1995 warnte: „Nationalismus: Das ist Krieg“. In Ungarn und Polen
37 sind Nationalisten an der Macht und zeigen, was dies für die Demokratie und den
38 Rechtsstaat bedeutet: Justiz und die freien Medien werden angegriffen und
39 zunehmend eingeschränkt. Trotzdem sucht der bayerische CSU-Ministerpräsident den
40 Schulterchluss mit dem ungarischen Präsidenten oder reist zu Putin nach Moskau.

41 Trotz aller Herausforderungen und Kritik überwiegt in der EU die Zustimmung zu
42 Europa: Mehr als 80% der Europäer*innen befürworten die vier ökonomischen
43 Grundfreiheiten der EU, zwei Drittel sehen die EU als Ort der Stabilität und 70%
44 der Bevölkerung im Euro-Währungsgebiet befürworten den Euro. Wir GRÜNE stehen an
45 der Seite der überzeugten Europäer*innen. Gemeinsam werden wir die
46 Herausforderungen meistern und die EU mit Mut weiter entwickeln.

47 **GRÜNE FÜR EIN DEMOKRATISCHES, SOLIDARISCHES UND ÖKOLOGISCHES EUROPA**

48 Wir GRÜNE stellen uns entschieden gegen pauschalisierende Vereinfachungen und
49 falsche Schuldzuweisungen. Ja, in Europa muss es Veränderungen geben.
50 Solidarität mit Europa bedeutet auch, sachorientierte Kritik zu üben und
51 Reformen einzufordern. Nur so lassen sich konstruktive Debatten führen und
52 gemeinsame, europäische Lösungen finden in den Bereichen: Klima- und
53 Umweltschutz, Energie, Flucht und Konflikte, Transport und Infrastruktur,
54 Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Datenschutz, Armut und Beschäftigung. Denn
55 die Sicherheiten, nach denen heute von allen Seiten so dringend gesucht wird -
56 die innere, äußere, soziale und ökologische Sicherheit - lassen sich eben nicht,
57 wie die autoritären Nationalisten von AfD bis Orbán nahelegen wollen, im Rahmen
58 des Nationalstaats erzielen. Diese Sicherheiten gibt es nur als europäische
59 Sicherheiten!

60 Deshalb wollen wir GRÜNE energisch und entschlossen für ein demokratisches,
61 solidarisches und ökologisches Europa arbeiten. Wir wollen Europa besser machen
62 und bekräftigen unseren BDK-Beschluss vom November 2016 auch explizit in Bayern:
63 „Ja zu Europa - Mut zur Veränderung“!

64 Wir GRÜNE stehen für den Erhalt und die Stärkung der Kernwerte der Europäischen
65 Union, Solidarität, Menschenrechte und Demokratie. Auf diese müssen wir
66 aufbauen, denn sie sind die Grundlagen unserer Freiheit. Es gilt, diese Werte zu
67 stärken: in unserer Innen-, Sozial- und Wirtschaftspolitik, wie auch in unserer
68 Außen- und Sicherheitspolitik. Wir treten ein für Teilhabe an wirtschaftlichem
69 Wohlstand in ganz Europa.

70 **DIE FRIEDENSMACHT EUROPA**

71 Zahlreiche Konflikte und Kriege finden in unserer europäischen Nachbarschaft
72 statt. Die Europäische Union muss alle ihr möglichen Maßnahmen ergreifen, um
73 diese zu befrieden und die Friedensprozesse zu begleiten. Die EU als
74 Friedensnobelpreisträgerin muss ihrem Namen gerecht werden. Deshalb darf es auch
75 keine Waffenlieferungen der EU in Konfliktgebiete und an Diktatoren geben.

76 Sechs der zehn größten deutschen Rüstungsunternehmen sind in Bayern ansässig.
77 Dadurch hat Bayern eine besondere Verantwortung. Es darf keine Rüstungsexporte
78 in Krisengebiete und in Staaten mit einer problematischen Menschenrechtslage
79 geben. Eine Steigerung der Verteidigungsausgaben auf 2% lehnen wir ab und wollen
80 stattdessen endlich unsere internationalen Versprechen für die
81 Entwicklungshilfe, die Klimafinanzierung und die Zivile Krisenprävention
82 erfüllen.

83 Auch in die Türkei werden weiterhin deutsche Rüstungsgüter exportiert. Wir
84 fordern deren sofortigen Stopp, solange der Krieg gegen die eigene
85 Zivilbevölkerung im Südosten des Landes anhält.

86 Die EU-Türkei-Beziehungen sind an einem Tiefpunkt angelangt. Das zeigt nicht
87 zuletzt die jüngste Diskussion über die Frage, ob der türkische Präsident

88 Erdogan und seine AKP-Minister in Europa auftreten und für das Referendum in der
89 Türkei werben dürfen. Es ist eine echte Zumutung und schwer zu ertragen, wenn
90 türkische Minister bei uns für die Abschaffung von Rechtsstaat und
91 Parlamentarismus in der Türkei werben. Wir müssen zeigen, dass Meinungsfreiheit,
92 Versammlungsfreiheit und selbstverständlich auch die Pressefreiheit für alle
93 gleichermaßen gelten.

94 Wir Grüne stehen an der Seite aller Demokrat*innen in der Türkei und richten
95 unsere Türkeipolitik daran aus. Präsident Erdogan arbeitet inzwischen gegen den
96 EU-Beitritt seines Landes, weil seine politischen Ziele und europäische Werte
97 wie Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und eine offene Gesellschaft
98 nicht miteinander kompatibel sind. In dieser Situation brauchen uns die
99 Zivilgesellschaft und die Opposition in der Türkei mehr denn je. Für eine
100 demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben.

101 Das zögerliche Agieren der Bundesregierung sowie die immer wiederkehrenden
102 Drohungen von türkischer Seite gegenüber Europa belegen, wie erpressbar sich die
103 EU von Erdogan gemacht hat, v.a. durch ein rechtsstaatlich fragwürdiges
104 Flüchtlingsabkommen. Dieses Abkommen ist eine Folge der Weigerung der EU-
105 Mitgliedstaaten, zu einer gemeinsamen solidarischen Lösung in der
106 Flüchtlingskrise zu kommen. Wir fordern eine eigenständige Antwort der EU auf
107 die Flüchtlingsfrage. Diesen EU-Türkei-Deal wollen wir beenden. Gleichzeitig
108 müssen gezielt Maßnahmen ergriffen werden, um den aus der Türkei ankommenden
109 Geflüchteten gerecht zu werden – und um den vielen Schutzsuchenden, die von der
110 Türkei aufgenommen wurden, menschenwürdige Lebensbedingungen zu ermöglichen.

111 **EINE SOLIDARISCHE FLÜCHTLINGSPOLITIK**

112 Wir GRÜNE fordern eine gemeinsame solidarische und humane EU-Asylpolitik, die
113 die Rechte der Schutzsuchenden in den Mittelpunkt stellt. Um echte Solidarität
114 in Europa zu erreichen, muss das Dublin-System abgeschafft und eine gerechte und
115 dauerhafte Verteilung von Geflüchteten innerhalb der Europäischen Union
116 sichergestellt werden. Wir GRÜNE wollen nicht, dass Menschen ihr Leben riskieren
117 müssen, um bei uns Schutz zu finden. Daher setzen wir uns für sichere Fluchtwege
118 und eine wirksame Seenotrettung ein. Die Abschottungspolitik der EU und ihrer
119 Mitgliedstaaten lehnen wir entschieden ab.

120 Wir stellen uns gegen menschenrechtswidrige Abschottungs- und
121 Rückführungsabkommen mit Drittstaaten. Die Praxis, die Verantwortung für die
122 gemeinsamen Außengrenzen der EU auf Länder außerhalb der EU abzuschieben, lehnen
123 wir ab. Wir GRÜNE lehnen Transitzone ab. Menschen, die Schutz bei uns suchen,
124 wegzusperren und ihrer Grundrechte zu berauben, ist mit den Werten der EU
125 unvereinbar. Wir wollen gezielte Familienzusammenführung erleichtern, fordern
126 die vermehrte Vergabe humanitärer Visa, wollen das Resettlement stärken und mehr
127 Kapazitäten für eine gemeinsame Seenotrettung einsetzen.

128 Allen Menschen, die in Europa Zuflucht suchen, muss ein faires Asylverfahren
129 garantiert werden; dies umfasst eine unabhängige Rechtsberatung. Die
130 Inanspruchnahme von Rechtsmitteln darf nicht durch extreme Fristverkürzungen und
131 länderspezifische Vorannahmen behindert werden.

132 Fluchtursachen müssen effektiv und langfristig bekämpft werden, indem die EU und
133 ihre Mitgliedsstaaten endlich ihre eigene Verantwortung für die strukturellen
134 Ursachen von Flucht und Vertreibung anerkennen. Wir wollen Schluss machen mit
135 einer Handels- oder Landwirtschaftspolitik, die die Lebensgrundlagen von

136 Kleinbäuer*innen zerstört; mit einer Fischereipolitik, die den Fischern
137 Westafrikas leere Netze beschert; oder einer Energiepolitik, die die Klimakrise
138 verstärkt. Das gilt umso mehr, als die Klimaveränderung besonders schwer Länder
139 etwa in der Sahelzone trifft, die selbst am wenigsten zum Klimawandel
140 beigetragen haben.

141 Auch in Bayern bedient sich die CSU vermehrt einer vereinfachenden Rhetorik und
142 beteiligt sich am gefährlichen, populistischen Diskurs. Sie spricht abschätzig
143 von „Flüchtlingsströmen“ und von „Völkerwanderung“, wenn sich Menschen vor Krieg
144 und Verfolgung verzweifelt und hilfeschend an Europa wenden. Im Herbst
145 positionierte sich der bayerische CSU-Ministerpräsident gemeinsam mit dem
146 ungarischen Regierungschef Orbán sogar gegen eine europäische Solidarität in der
147 Flüchtlingspolitik.

148 Viele Unternehmer*innen suchen Auszubildende und Fachkräfte. Trotzdem werden
149 viele junge Geflüchtete an der Aufnahme einer Ausbildung gehindert oder vom
150 Arbeitsplatz abgeschoben. Viele junge Flüchtlinge müssen zu Beginn einer
151 Ausbildung erklären, dass sie sich damit einverstanden erklären, dass ihre
152 Ausbildung beendet wird, wenn das Asylverfahren negativ endet. Das ist auch für
153 die Rechts- und Planungssicherheit der bayerischen Unternehmen problematisch.
154 Daher fordern wir den Ermessungsspielraum der „3+2-Regelung“ umfassend
155 auszuschöpfen, nach der es Geflüchteten ermöglicht wird, eine Ausbildung zu
156 beenden und nach dieser zwei Jahre lang auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die
157 Situation in Afghanistan hat sich im letzten Jahr drastisch verschlechtert.
158 Abschiebungen dorthin lehnen wir ab, denn sie sind mit dem Völkerrecht nicht
159 vereinbar.

160 **DEMOKRATIE UND GRUNDRECHTE WAHREN**

161 Unser Bayern ist bunt und grün. Rund jede*r zweite Bayer*in über 14 Jahren
162 engagiert sich ehrenamtlich. Die Welle der Hilfsbereitschaft nach der Öffnung
163 der Balkanroute und der Ankunft hunderttausender Geflüchteter in Bayern im
164 Herbst 2015 war überwältigend. Ohne die Hilfe der bayerischen Bürger*innen wären
165 die Aufnahme, Unterbringung und Integration der geflüchteten Menschen nicht zu
166 bewerkstelligen gewesen. Daher wollen wir, dass ehrenamtliches Engagement durch
167 den Freistaat besser unterstützt wird.

168 Informierte, kritische und engagierte Bürger*innen sind Grundvoraussetzung für
169 eine funktionierende und lebendige Demokratie. Je früher durch politische
170 Bildung Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verinnerlicht werden, desto wehrhafter
171 ist unsere Demokratie. Deshalb setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass politische
172 Bildung innerhalb und außerhalb der Schulen stärker gefördert wird und dem Fach
173 Sozialkunde in den bayerischen Schulen ein höherer Stellenwert eingeräumt wird.

174 Wir wollen die Europäische Bürgerinitiative stärken. Sie ist das wichtigste
175 Instrument direkter und themenspezifischer Einflussnahme von Bürger*innen auf
176 die europäische Politik.

177 Zur Kriminalitätsbekämpfung und Terrorabwehr braucht es mehr Zusammenarbeit in
178 Europa. Die Wahrung der Grundrechte muss dabei stets garantiert werden. Wir
179 GRÜNE bleiben wachsam, nicht zuletzt, nachdem die CSU-Regierung Pläne zur
180 Einführung einer zeitlich unbegrenzten Vorbeugehaft vorgestellt hat. Ein
181 bayerisches Guantanamo à la Seehofer wird es mit uns nicht geben.

182 Auch anlasslose Überwachung oder massenhaftes Datensammeln lehnen wir
183 entschieden ab! Für eine effektive polizeiliche Ermittlungsarbeit fordern wir
184 mehr Geld und Personal.

185 **WIRTSCHAFTLICHER WOHLSTAND UND EINE SOZIALERE UND GERECHTERE EUROPÄISCHE UNION**

186 Die Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa ist nicht überwunden. Die
187 Ungleichheit zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen den Europäer*innen
188 wächst. Jugendarbeitslosigkeit ist in diesem Kontext eines der gravierendsten
189 Probleme und muss entschieden und vorrangig bekämpft werden. Wir wollen die
190 europäische Jugendgarantie umsetzen: Alle jungen Europäer*innen sollen
191 spätestens vier Monate nach ihrem Schulabschluss einen Ausbildungs- oder einen
192 Arbeitsplatz erhalten. Zudem wollen wir, dass das Erasmusprogramm konsequent
193 ausgebaut wird und auch Auszubildende stärker davon profitieren können.

194 In Europa besteht ein Stadt-Land-Gefälle, auch bei uns in Bayern. Wir wollen den
195 Folgen entgegenwirken, indem EU-Strukturfonds und die Mittel für ländliche
196 Entwicklung besser eingesetzt werden. Durch den Ausbau und die Weiterentwicklung
197 solcher Strukturen kann ein direkter Ausgleich zwischen schwachen und stärkeren
198 Kommunen über Grenzen hinweg erreicht werden.

199 Wir GRÜNE fordern mehr Steuergerechtigkeit in Europa. Steuervermeidung und
200 Steuerhinterziehung müssen effektiv bekämpft werden. Dazu müssen insbesondere
201 Unternehmenssteuern europaweit weiter harmonisiert werden, denn Steuerwettbewerb
202 zwischen Staaten ist nichts anderes als ein Steuersenkungswettbewerb. Davon
203 profitieren multinationale Konzerne, die ihre Gewinne in Niedrigsteuerstaaten
204 verschieben, anstatt sie dort zu versteuern, wo sie tatsächlich ihre Geschäfte
205 betreiben.

206 Gefragt ist neben dem Steuergesetzgeber im Bund und in Europa hier auch die
207 bayerische Finanzverwaltung mit dem Finanzministerium an der Spitze. Erstens
208 muss die personelle Ausstattung der Finanzverwaltung endlich auf die wachsende
209 Zahl von Unternehmen in Bayern angepasst werden. Zweitens muss der Spielraum der
210 Finanzämter hin zu einer effektiveren Besteuerung multinationaler Unternehmen in
211 Bayern genutzt werden: Überhöhte interne Verschiebungen und überhöhte
212 Lizenzgebühren an ausländische Mutterkonzerne dürfen von den Finanzämtern nicht
213 mehr akzeptiert werden.

214 **EINE ÖKOLOGISCHERE EU: UMWELT UND KLIMA SCHÜTZEN**

215 Wir wollen die EU zum Vorreiter für umwelt- und klimafreundliches Wirtschaften
216 machen und setzen uns ein für eine europäische Klima- und Energieunion mit
217 ambitionierten und verbindlichen Zielen bei erneuerbaren Energien,
218 Emissionsminderung und Energieeinsparung. Es ist gut, dass die EU das Pariser
219 Klimaabkommen ratifiziert hat. Das allein aber reicht nicht aus. Die EU und alle
220 Mitgliedsländer müssen sich weit mehr als bisher im Klimaschutz engagieren. Wir
221 GRÜNE setzen uns dafür ein, den Klimaschutz als zentrales Ziel in den Vertrag
222 der Europäischen Union aufzunehmen. Wir wollen einen europaweiten Ausbau
223 erneuerbarer Energien. Die CSU-Regierung muss zudem alle notwendigen Schritte
224 einleiten, um die Nachhaltigkeitsziele der UN bis 2030 erreichen zu helfen.

225 Wir fordern den europaweiten Ausstieg aus der Atomkraft. Gundremmingen, das
226 älteste deutsche AKW, muss so schnell wie möglich vom Netz.

227 Bayern hat derzeit den Vorsitz der EU-Alpenstrategie inne. Wir erwarten, dass
228 die CSU-Regierung den Schutz der Alpen ernst nimmt und auch den

229 völkerrechtlichen Status der Alpenkonvention respektiert. Der geplante Bau einer
230 Skischaukel am Riedberger Horn verletzt das Völkerrecht und steht im Widerspruch
231 zu einer nachhaltigen Alpenpolitik.

232 Die Europäische Union stützt im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik die
233 Landwirtschaft mit jährlich 59 Milliarden Euro. In Bayern werden davon etwa 1,2
234 Mrd. Euro jährlich ausbezahlt. Trotzdem ist die Agrarpolitik in der Krise. Die
235 Preise sind im Keller, immer mehr Betriebe müssen aufgeben und die
236 gesellschaftlichen Herausforderungen an Umwelt-, Klima-, Natur- und Tierschutz
237 werden nicht erfüllt. Wir fordern, dass öffentliche Mittel an Leistungen für das
238 Gemeinwohl gebunden werden. Wir brauchen eine nachhaltige, ressourcenschonende
239 und tiergerechte Landwirtschaft, die regionale Stärken berücksichtigt und sich
240 auf lokale Verarbeiter und Märkte konzentriert. Diese Ziele erfüllt am besten
241 der ökologische Landbau. Der erweiterte Spielraum zur Förderung umweltgerechter
242 Produktionsweisen muss von der CSU-Regierung voll ausgeschöpft werden.

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt); Doris Wagner (KV München-Stadt); Ulrike Gote (KV Bayreuth-Stadt);
Christine Kamm (KV Augsburg-Stadt); Ulli Leiner (KV Oberallgäu); Thomas Gehring (KV Oberallgäu); Volker
Leib (KV München-Land); Stephanie Schuhknecht (KV Augsburg-Stadt); Maximilian Deisenhofer (KV
Günzburg); Doris Kienle (KV Unterallgäu); Elfriede Roth (KV Oberallgäu); Corinna Steiger (KV Memmingen);
Christina Mader (KV Oberallgäu); Hubert Endhardt (KV Ostallgäu); Ruth Meuchelböck (KV Oberallgäu);
Heinrich Bonert (KV Oberallgäu); Christian Schabronath (KV Lindau); Michael Husch (KV Unterallgäu);
Ulrike Hitzler (KV Oberallgäu); Ingrid Fischer (KV Oberallgäu); Klaus Winzek (KV Oberallgäu); Clara Knestel
(KV Ostallgäu-Kaufbeuren); Ursula Schuster (KV Ostallgäu); Martin Sirch (KV Ostallgäu-Kaufbeuren); Marita
Knauer (KV Ostallgäu); Eike Hallitzky (KV Passau-Land)